

Georgios Katrougalos: „Wir können die neoliberalen Maßnahmen neutralisieren“

Georgios Katrougalos, Professor für Öffentliches Recht, 52 Jahre alt, war nach der Umbildung der Tsipras-Regierung infolge des Rücktritts der Minister des „linken“ Parteiflügels am 17. Juli zum Arbeitsminister ernannt worden. Vorher war er seit der Bildung der Syriza-Regierung am 27. Januar 2015 stellvertretender Minister im Innenministerium, zuständig für die Verwaltungsreform.

Das nachfolgende Interview mit ihm beschreibt, wie die Syriza-Führung sich ihre weitere Politik unter der Kontrolle der Euro-Aufseher, die ihr verbleibenden Möglichkeiten für eigenes politisches Handeln und die Perspektiven der weiteren Auseinandersetzung mit dem neoliberalen EU-Kurs vorstellt, wenn es ihr gelingt, nach den im September anstehenden Neuwahlen erneut die Regierung zu stellen.

Frage: Haben Sie nach dem am 13. Juli in Brüssel von den Institutionen erpressten Abkommen, das die griechische Regierung umsetzen muss, noch Mittel, um die Politik zu betreiben, die Sie wollten?

Georgios Katrougalos: Das ist die ganze Herausforderung dieser Periode. Die Situation ist viel komplizierter als vorher, da gibt es keinen Zweifel, denn wir haben die neuen Zwänge aus dem Memorandum. Aber man muss eine Sache sehen: die Formulierung des Abkommens eröffnet noch Verhandlungsspielräume in der Anwendungsphase. Ich bin daher der Meinung, dass die Verwirklichung dieses Abkommens ein Feld des Kampfes sein wird, wie es die Verhandlung gewesen war.

Um Ihnen ein Beispiel zu geben: in meinem Minister-Portefeuille sind die großen Fragen des Arbeitsrechts und des Schutzes der Arbeitenden, und die Verpflichtung, die wir (im Abkommen, Anm.) übernommen haben, ist es, Gesetze zu erlassen, um in Griechenland „die besten europäischen Praktiken“ einzuführen. Für uns sind die „besten europäischen Praktiken“ die des europäischen Sozialmodells. Das ist nicht revolutionär, aber es geht darum, sich auf den sozialen Dialog, auf Tarifverhandlungen zu stützen usw. Für sie, mindestens für den Internationalen Währungsfonds (IWF) bedeutet die „besten europäischen Praktiken“ die jüngste Welle der Deregulierung wie das Macron-Gesetz in Frankreich.

Unter diesen Bedingungen ist es unsere Strategie, die europäische Dimension dessen sichtbar zu machen, was sich heute in Griechenland abspielt. Wir verlangen heute, dass das Europäische Parlament mit der Überwachung der Umsetzung des Memorandums betraut werden soll. Auf meinem Gebiet verlange ich von der Kommission „Beschäftigung und soziale Angelegenheiten“, die Verhandlungen über die Arbeit und über die Renten zu überwachen.

Frage: Was erwarten Sie aus dieser Sicht vom EU-Parlament?

Georgios Katrougalos: Das ist in verschiedener Hinsicht interessant: einerseits die Transparenz bei den Diskussionen zu sichern, und andererseits festzuhalten, wie ich denke, dass Griechenland sehr wohl das Laboratorium der Zukunft Europas ist.

Wenn die „besten europäischen Praktiken“ in Sachen Arbeit die sind, die die soziale Deregulierung erzwingen, wird das nicht bei Griechenland stehen bleiben. Danach werden Frankreich, Deutschland an der Reihe sein usw. Um Erfolg zu haben, die neoliberalen Maßnahmen zu neutralisieren, die es in dem Memorandum gibt, wie wir es zu tun beabsichtigen, hängt das von zwei Faktoren ab: die Europäisierung der Verhandlungen und die soziale Bewegung in Griechenland.

Frage: Sie sprechen davon, die neoliberalen Maßnahmen des Abkommens zu „neutralisieren“, aber war es nicht möglich, das bei den Verhandlungen zu tun?

Georgios Katrougalos: Wir haben den Willen der extremen neoliberalen Kreise der EU unterschätzt; sie waren zur totalen Zerstörung der griechischen Wirtschaft bereit, um dieses Abkommen abzupressen. Oder auch: wir haben den Grad an Demokratie überschätzt, der auf der Ebene der EU existiert. Auf nationaler Ebene hat die Demokratie funktioniert. Es gab das Referendum, es gab den Ausdruck des Volkswillens.

Aber der Premierminister (Tsipras) stand vor einem unmöglichen Dilemma, einer teuflischen Alternative. Man riskierte die totale Zerstörung der Realwirtschaft mit einer unbefristeten Schließung der Banken. Das war ein finanzieller Staatsstreich. Die Schließung der Banken war keineswegs etwas Zwangsläufiges: die griechischen Banken hatten kein Problem der Zahlungsfähigkeit ähnlich dem der Banken auf Zypern oder in Irland. Sie hatten nur ein Problem des Zugangs zu liquiden Mitteln. Unter den gleichen Umständen ist dieses gleiche Problem während der griechischen Wahlen 2012 durch eine Erhöhung der Obergrenze des Zugangs zu den liquiden Mitteln gelöst worden. Dieses Mal hat die Europäische Zentralbank (EZB) beschlossen, uns zu ersticken, indem sie den Zugang zu den liquiden Mitteln für die griechischen Banken einschränkte. Das war eine politische Waffe gegen uns.

Man war gezwungen, dieses Abkommen zu unterschreiben. Jetzt müssen wir versuchen, eine linke Politik zu betreiben. Das wird nicht einfach sein, das ist sicher. Aber die Alternative ist, aufzuhören zu regieren und die Macht wieder an die Parteien des alten Systems zu übergeben, die Griechenland dahin gebracht haben, wo es heute ist.

Und hierbei muss man unterstreichen, dass es nicht nur das Problem unserer Beziehungen mit den europäischen Institutionen gibt. Hier in Griechenland gibt es auch das Problem der Demokratisierung und des Bruchs mit der Macht der Oligarchen. Für mich ist es nicht vorstellbar, die Macht an die politischen Parteien dieses alten Systems zu übergeben. Man muss versuchen, eine linke Politik zu betreiben, selbst wenn das sehr schwierig ist.

Frage: Welches Programm beabsichtigen Sie im Wahlkampf zu verfechten?

Georgios Katrougalos: Wir wollen kämpfen gegen die Oligarchie, gegen den Steuerbetrug. Das liegt an uns, da etwas zu tun. Das wird nicht leicht sein, denn die Finanzdienste sind unterbesetzt. Das ist ein Punkt, in dem wir mit den Institutionen übereinstimmen: sie wollen auch den Steuerbetrug bekämpfen. Für uns ist das Ziel, soziale Gerechtigkeit bei der Verteilung der Steuerlast zu haben.

Frage: Aber wenn es um Maßnahmen der Umverteilung geht, werden die Institutionen doch jedes Mal Ihre Vorschläge durchkreuzen.

Georgios Katrougalos: Das ist wahr, sie waren immer sehr feindlich in Sachen sozialer Gerechtigkeit und Steuerumverteilung. Das hervorstechendste Beispiel ist, als wir eine Sondersteuer für die Bürger mit mehr als 500 000 Euro pro Jahr vorgeschlagen haben.

Frage: Sie haben das Referendum erwähnt, das ein sehr starkes Moment des demokratischen Ausdrucks des Volkswillens in Griechenland war, mit einer enormen Mobilisierung von jungen Menschen und Bürgern der breiten Volksschichten, die sich massiv für das Nein ausgesprochen haben. Aber warum ist es Ihnen nicht gelungen, diese Macht zu nutzen?

Georgios Katrougalos: Man konnte nicht... Das Ungleichgewicht der Kräfte war überwältigend. Aus diesem Grund sage ich, dass die Demokratie auf nationaler Ebene funktioniert hat, aber dass sie in keiner Weise funktioniert hat auf europäischer Ebene.

Das Referendum hat trotzdem dazu beigetragen, Risse in den Block der Austeritätspolitik zu bringen, er ist nicht ganz und gar monolithisch. Die europäischen Sozialisten werden sich schwer tun, sich mit reinen neoliberalen Maßnahmen zu identifizieren. Sie fürchten, glaube ich, dass eine völlige Identifizierung mit diesem neoliberalen Programm ihre totale Verflüchtigung aus der europäischen politischen Landschaft bewirken wird, wie es in Griechenland mit der PASOK zu sehen war.

Frage: Auf der Straße hört man gewöhnliche Leute sagen, dass sie, als sie am 5. Juli für das Nein stimmten, ober bei manchen, als sie im letzten Januar für Syriza stimmten, ein Risiko eingegangen sind, das Wenige zu verlieren, das sie noch hatten, um den Sparzwang nicht länger erdulden zu müssen, und die meinen heute, dass die Regierung Tsipras im Grunde nicht auf dem Niveau ihrer eigenen Entschlossenheit gewesen ist. Wie reagieren Sie darauf?

Georgios Katrougalos: Ich verstehe diese Enttäuschung. Das Referendum war der Höhepunkt der Demokratie in Griechenland. Aber auf der wirtschaftlichen Ebene gab es keine realistische Alternative für uns. Das war dieses Abkommen oder die Zerstörung der Realwirtschaft. In den extrem gedrängten Fristen, die wir hatten, sehe ich nichts anderes.

Frage: Nach dem Rücktritt von Alexis Tsipras und mit der Perspektive der Wahl im September verlässt ein Teil von Syriza die Partei, um eine neue zu gründen, die „Volkseinheit“, die das Erbe des „Nein“ beim Referendum beansprucht. Kann die Regierung, der Sie angehören, noch diese Bewegung gegen die Sparpolitik verkörpern?

Georgios Katrougalos: Ich glaube ja. Unsere Politik ist nicht die Gründung einer neuen Partei. Es geht nicht um einen Bürgerkrieg der Linken unter einander. Und im Grunde, je mehr linke Abgeordnete es gibt, um so besser! Die echte Herausforderung ist, dass die Mehrheit, die absolute Mehrheit erreicht und eine Linksregierung formiert werden kann, die versuchen wird, unter Zwang, unter den Beschränkungen, ein linkes Programm umzusetzen. Also ich sehe kein Problem mit den Genossen, die unterschiedliche Meinungen über die Perspektiven der Regierung haben. Das echte Problem bleibt die griechische Oligarchie und der Neoliberalismus.

Frage: Um sich von dem Strick zu befreien, schlägt „Volkseinheit“ vor, morgen eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen wie den Stopp der Schuldentrückzahlung oder die Suche von Unterstützung bei den Schwellenländern der BRICS. Was halten sie von diesen Elementen des Bruchs?

Georgios Katrougalos: Das sind Dinge, die wir in Wahrheit seit unserem Machtantritt zu machen versucht haben. Es gab Kontakte mit aller Welt. Alle möglichen Allianzen auf internationaler Ebene sind gesucht worden, von Russland bis Venezuela und sogar mit dem Iran. Die Antwort, die wir überall erhalten haben, war: „Man kann euch nicht helfen auf einem Niveau, das die Finanzierungen der EU ersetzen würde“. Ich bin in keiner Weise gegen Diskussionen über alternative Pläne, ganz im Gegenteil. Aber in diesem konkreten Fall hat sich diese Möglichkeit zu keinem Zeitpunkt materialisieren lassen. Der einzige alternative Plan, den wir zu sehen bekamen, war der der Zerstörung der Wirtschaft unseres Landes.

Frage: Kann sich mit dem Abkommen die griechische Wirtschaft erholen?

Georgios Katrougalos: Die Wirtschaft ist nicht nur sehr fragil. Zur Stunde weiß man noch nicht, ob man die zahlreichen Rezessionselemente neutralisieren können wird, die das Memorandum enthält. Das hängt auch davon ab, ob man die versprochene Finanzierung von 35 Milliarden Euro haben wird, das hängt ab von unserer Fähigkeit, die anderen Elemente unseres Programms umzusetzen. Das ist eine große Herausforderung. Die ist weit davon entfernt, gewonnen zu sein, aber nichts ist verloren.

Frage: Ihre Strategie ist es also, schrittweise und ohne Bruch die Elemente des Abkommens und die Bevormundung aufzulösen, die Ihnen aufgezwungen sind?

Georgios Katrougalos: Genau. Wir wollen sie auflösen und die Spielräume nutzen, die im Memorandum erhalten geblieben sind. Ich möchte darauf bestehen, es geht nicht nur darum, die entsprechenden Maßnahmen zu finden, auch die Interpretation dessen, was abgeschlossen wurde, bleibt in reichlich Fällen offen. Aus diesem Grund müssen wir auf europäischer Ebene verhandeln, nicht einfach zweiseitig mit den Institutionen.

Frage: Was ist Sache von Interpretationen?

Georgios Katrougalos: Die Essenz des Memorandums ist es, die griechische Gesellschaft umzuwandeln, die Beziehungen zwischen dem Staat, dem Markt und den Bürgern. Die Deregulierung würde den Tod des Arbeitsrechts und der sozialen Rechte bedeuten, das ist ein zentraler Punkt. Ich sage das nicht, weil es in meiner ministeriellen Zuständigkeit liegt. Griechenland ist ausgewählt worden, diese Erfahrung der Zerstörung der Gesellschaft zu verwirklichen, denn das politische System war sehr leicht zu manipulieren, aber das Ziel ist sehr wohl, diese Erfahrungen dann morgen in den ganzen Rest Europas zu exportieren.

Frage: In der europäischen Linken, die mit großer Aufmerksamkeit Ihren Kampf gegen die Austeritätspolitik verfolgt hat, gibt es heute einen Teil Verunsicherung angesichts der Mauer, auf die Sie gestoßen sind. Welche Botschaft richten Sie an die Europäer?

Georgios Katrougalos: Die Solidarität ist sehr wichtig. Es ist sehr gut zu ermessen, dass das, was sich in Griechenland vollzieht, ganz Europa betrifft. Ich glaube nicht, dass man enttäuscht sein sollte oder verunsichert. Wir bleiben unseren Idealen treu. Aber man muss auch die Komplexität der Situation verstehen. Wenn wir diese Wahlen gewinnen, wie ich hoffe, wird es eine zweite Chance geben für Griechenland und für Europa.

Veröffentlicht am 26. August in der „Humanité“

Übersetzung: Georg Politkei